

Eil-A3 NEU Hochschulfinanzierung überdenken!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.5.1 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Damit die Finanzierung der Lehre gesichert wird, wurde am 3. Mai 2019 von der
2 Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) der
3 „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ beschlossen. Dieser Pakt besteht aus
4 drei Schritten, in denen jeweils Geld für befristete Stellen und
5 Forschungsinstitute zu Verfügung gestellt wird. Es kann nicht als Erfolg
6 gewertet werden, dass der Zukunftspakt überhaupt zustande gekommen ist. Dies
7 sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Denn es herrscht immer noch eine große
8 Kluft zwischen den finanziellen Möglichkeiten und den tatsächlichen
9 Notwendigkeiten. Die Finanzierung sollte daran gemessen werden, inwiefern die
10 Hochschulen und universitäre Forschung dauerhaft ausreichend finanziert, die
11 Drittmittelabhängigkeit verringert und die Arbeits- und Studienbedingungen
12 verbessert werden können. [1]

13
14 Obwohl es zu begrüßen ist, dass der Bund nun in die dauerhafte Finanzierung von
15 Hochschulen einsteigt, müssen viele der Punkte kritisiert werden. Der
16 „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, verpasst es die
17 Hochschulfinanzierung über den Bund endlich zu dynamisieren. Es reicht nicht
18 aus, nur einen Inflationsausgleich anzustreben, vor allem, wenn dieser erst ab
19 2024 erreicht werden soll. So kann der Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen
20 entgegengewirkt werden und für bessere Studien- und Arbeitsbedingungen bei
21 steigenden Studierendenzahlen gesorgt werden.

22
23 Die Forschungs- und Lehrbedingungen werden immer prekärer. Die Zahl befristeter
24 Stellen steigt stärker als die der Dauerstellen, es fehlt an Geld für
25 administrative Aufgaben, der Konkurrenzdruck um die wenig vorhandenen Professuren
26 mindert die wichtige Kooperation und das Streben nach Erkenntnisgewinn im
27 wissenschaftlichen Mittelbau, die Bausubstanz an Hochschulen benötigt dringend
28 Investitionen in Milliardenhöhe und die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden
29 und Studierenden verschlechtert sich zunehmend [2]. Gleichzeitig nimmt die
30 Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen zu. Das ersetzt das Ideal der freien
31 Verfügbarkeit von Wissen zunehmend durch eine ausschließlich
32 privatwirtschaftliche Verwertungslogik, die Partikularinteressen, statt dem
33 Allgemeinwohl, dient.

34
35 Zur Verbesserung und Umkehrung dieser Entwicklungen benötigt es eine dauerhafte
36 und dynamische Hochschulfinanzierung über Bund und Länder. Diese sollte explizit
37 an die Schaffung von Dauerstellen im wissenschaftlichen Betrieb und damit auch
38 für die Verbesserungen von Studienbedingungen verwendet werden. Campusgrün
39 unterstützt daher die Kampagne „Frist ist Frust“ und ermutigt die lokalen
40 Hochschulgruppen, sich an den Hochschulen und auf Landesebene für die Schaffung
41 von Dauerstellen einzusetzen. Bei den jeweils von dem BMBF mit den Ländern
42 vereinbarten „Verpflichtungserklärungen“ zur Entfristung von Stellen gilt es bei
43 der Umsetzung auf Länderebene weiterhin Druck auszuüben und sich für einen
44 „Entfristungspakt“ einzusetzen. Darüber hinaus sollte auch in der Öffentlichkeit
45 diskutiert werden, inwiefern andere Strukturen wie Departements abseits von
46 Modernisierungen der Professor*innenlaufbahn an deutschen Hochschulen für eine
47 produktivere, kooperationsorientierte, nicht-prekäre und auf auch qualitative
48 Lehre fokussierte Arbeitsteilung sorgen können. [3]

49

50 Die steigende Anzahl an Studierenden darf nicht mit einer Verschlechterung der
51 Betreuungsrelationen und Lehrbedingungen zusammengehen, welche der Hochschulpakt
52 mit seinen befristeten Stellen mit sich bringt. Stattdessen sollte eine
53 Verbesserung von Lehre und Forschung angestrebt werden. Diese müssen auch in
54 der Finanzierung zusammengedacht werden. Finanzierungssenkungen sind nicht
55 hinnehmbar.

56
57 Bildung und Wissenschaft müssen endlich auch die finanzielle Bedeutung im
58 Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten bekommen, die ihnen gesellschaftlich
59 als emanzipatorische Kraft zusteht.

60 Die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft ist eine zentrale Aufgabe des
61 Staates und darf nicht gekürzt, sondern muss konsequent mit dem Ansteigen der
62 Studierendenzahlen erhöht werden. Angelehnt an vorherige Beschlüssen [4] lehnt
63 Campusgrün daher die Schuldenbremse ab und fordert eine konsequent progressive
64 Besteuerung, vor allem von Vermögen, Erbschaften und Finanztransaktionen.

65
66 Verweise:

67
68 [1] <http://mittelbau.net/2019/05/13/stellungnahme-zu-den-pakten/>

69 [3] [https://www.studis-](https://www.studis-online.de/HoPo/auseinandersetzung_um_den_hochschulpakt.php#fn2)
70 [online.de/HoPo/auseinandersetzung_um_den_hochschulpakt.php#fn2](https://www.studis-online.de/HoPo/auseinandersetzung_um_den_hochschulpakt.php#fn2)

71 [2]
72 [https://www.hochschulverband.de/uploads/media/Resolution_Mut_zur_Reform>Weiteren-
73 -twicklung_des_Wissenschaftssystems_final.pdf](https://www.hochschulverband.de/uploads/media/Resolution_Mut_zur_Reform>Weiteren-
73 -twicklung_des_Wissenschaftssystems_final.pdf)

74
75 [4] „Für eine umfassende BAföG-Reform“ (2017)
76 <http://www.campusgruen.de/themen/studienfinanzierung/10511312.html>

77 „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“ (2018)
78 <http://www.campusgruen.de/suchen/10636367.html?searchshow=austerit%E4t>